

Zeitschrift: Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 48 (2001)

Heft: 1

Artikel: Projekt Bevölkerungsschutz im "Zieleinlauf"

Autor: Reinmann, Eduard

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE IG ZS 200X BLEIBT WACHSAM

Projekt Bevölkerungsschutz

Das war verbale «Action», das war Information! An der Generalversammlung der Interessengemeinschaft Zivilschutz 200X in Ostermundigen informierten Nationalrat Boris Banga und Karl Widmer, Leiter Kernteam Bevölkerungsschutz, fundiert und prägnant über den aktuellen Stand und die Zukunft des Projektes Bevölkerungsschutz 2003.

EDUARD REINMANN

«Ich glaube an das Gelingen des Projektes Bevölkerungsschutz», sagte der Solothurner Nationalrat Boris Banga (SP) und Stadtpräsident von Grenchen. Als Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates sprach er von der politischen Warte und als Stadtpräsident als «Mann von der Front». Banga ist allein schon deshalb guten Mutes, weil das Projekt besser (besser als das Projekt Armee XXI) durchgezogen, kommuniziert und in die unteren Entscheidungsebenen hinein getragen wird. Einmal mehr mahnte er aber auch, die Erfolg versprechenden Grundanliegen nicht aus den Augen zu verlieren. Banga nannte insbesondere die Bereiche «Führung», «Mittel» und «Kompetenzenregelung».

- In der Führung forderte er eine klare Trennung der Einsatzbereiche «Front» und «Rückwärtiges». Im Bereich Front arbeiten Feuerwehr und Rettungsdienst unter dem Kommando der Polizei oder der Feuerwehr. Im Bereich Rückwärtiges sind unter dem Kommando der zivilen Gemeindeführung die Stabsdienste, der Bevölkerungsschutz und die Logistik des Zivilschutzes sowie die übrigen Gemeindedienste tätig.
- Zu den Mitteln: Der Zivilschutz soll sich auf sein Kerngeschäft und seine Stärken, nämlich den Bevölkerungsschutz sowie auf die logistische Unterstützung und die Unterstützung durch die Stabsdienste, zurückbesinnen.
- Bei der Kompetenzenregelung ist zu berücksichtigen, dass die Hauptträger sowohl des Zivilschutzes als auch der Feuerwehr, die Gemeinden sind. Und diese brauchen einen sehr grossen Spielraum, um ihre Organisation auf die örtlichen Verhältnisse ausrichten zu können. Als Aufsichtsorgan und für die Ausbildung verantwortliche Stelle sollen die Kantone die Federführung übernehmen. Der Bund soll die gesetzlichen Grundlagen erarbeiten sowie die Ausbildung und Information der kantonalen Stellen stufengerecht übernehmen.

Auch kritische Töne

Banga, der sein Referat auf den Projektentscheiden aufbaute, erinnerte an den Sicherheitspolitischen Bericht 2000 mit dem Leit-



Boris Banga (links) und Karl Widmer hatten sich kritischen Fragen aus dem Plenum zu stellen.



**IG-Präsident
Peter Gisler:**
«Wir bleiben dran.»



Gerhard Baumgartner,
Tagungsorganisator und
Moderator.

motiv «Sicherheit durch Kooperation». Diese Idee müsse nicht nur nach aussen kommuniziert, sondern auch nach innen gelebt werden. Das rufe nach einer klaren Aufgabenzuordnung und einer gemeinsamen Führung durch den Gemeindeführungstab. Banga: «In fortschrittlichen Gemeinden ist dies nichts Neues, auch in Grenchen mit 16 000 Einwohnern haben wir seit langem diese Organisation.»

Zweifel hegt Banga am «modularen Aufbau und der differenzierten Bereitschaft», die er als «Augenwischerei» bezeichnete. Insbesondere setzt er Fragezeichen zum Prinzip der Aufwuchsfähigkeit. Ob die Politik bei Bedarf mitziehen wird, ist nämlich durchaus nicht sicher. Banga: «Ich bin auch nicht sicher, ob der Grundsatz der Werterhaltung der Schutzinfrastruktur richtig durchdacht ist. Nicht wegen des modernen Kriegsbildes, sondern auch wegen der Finanzierungsfragen.»

Wie spielt die Solidarität?

An sich sei die Kostenteilung zwischen Bund und Kantonen vernünftig, führte Banga weiter aus. Damit könne den unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Bedürfnissen besser Rechnung getragen werden. Ob jedoch die eidgenössische Solidarität weiterhin spielen werde, müsse hinterfragt werden. Ohne Zweifel seien einzelne Kantone beson-

deren Risiken ausgesetzt, und im Ereignisfall sollte die interkantonale Hilfe trotz Bestandesreduktionen spielen. «Heisst das aber, dass Teile des Bevölkerungsschutzes motorisiert werden müssen? Oder wer entscheidet über einen ausserkantonalen Einsatz?»

Nicht über alle Zweifel erhaben ist laut Banga die subsidiäre Unterstützung durch die Armee in Notlagen. Wohl geht es hier um den verfassungsmässig verankerten sicherheitspolitischen Auftrag der Existenzsicherung. Aber... «die Ausbildung zum kämpfenden Soldat ist eine ganz andere Sache als die Ausbildung für Rettung.» Banga: «Ich wehre mich auch gegen Armeeeinsätze im Asylbereich und für Polizeiaufgaben.»

Partnerorganisation Zivilschutz

Die Positionierung des Zivilschutzes im neuen Bevölkerungsschutz ist für Banga richtig und sinnvoll. Bei einem Grossereignis werden im rückwärtigen Raum die Organe der Führungsunterstützung, die Betreuung und die Logistik benötigt. Evakuierte Personen müssen untergebracht und betreut werden. Für dies alles braucht es den Zivilschutz. Die Krux dürfte jedoch bei den Unterstützungszügen liegen. Die klare Aufgabenzuweisung allein genüge nicht. Er fordert eine längere und bessere Ausbildung der eingeteilten

im «Zieleinlauf»

Neuer Projektleiter

Rücktritt von Peter Schmid als Projektleiter Bevölkerungsschutz. Grund für diesen Schritt ist die Wahl seines Bruders Samuel Schmid zum Bundesrat.

Die Nachfolge von Peter Schmid tritt Andreas Koellreuter, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, an.

Leute und sie müssen auch innert kurzer Zeit verfügbar sein. Banga: «Der Kanton muss eine Führungsrolle in der Regionalisierung der Unterstützungszüge übernehmen. Nur so kann mit einem vernünftigen Aufwand ein gutes Ergebnis erzielt werden.» Positiv wertet Banga die Gliederung der Aufgaben des Zivilschutzes in Kern- und Zusatzaufgaben. Er warnte jedoch davor, den Zivilschutz für alle möglichen Dienstleistungen zugunsten Dritter einzusetzen. Solche Einsätze müssten einerseits bezahlt werden und andererseits der ZSO nützen, zum Beispiel bezüglich Führungsausbildung oder technischer Aus- und Weiterbildung der ZSO-Angehörigen.

Aufgabenteilung ja, aber...

Die Aufgabenteilung im Bereich Rettung werde noch zu Diskussionen führen, prognostizierte Banga. Ihm gehe es jedoch vor allem

schlichtweg zu lange. Banga: «Dafür haben wir keine Zeit. Insbesondere die Armee 95 ist morsch.» Ausserdem hätte er sich aus seiner langjährigen Erfahrung als Stadtpräsident geweht, wenn die Feuerwehr in die Rekrutierung und Dienstpflicht mit einbezogen worden wäre. «Der Feuerwehr ist mit einem 20-jährigen Dienstpflichtigen und einer Maximaldienstzeit nicht gedient. Die besten Feuerwehrleute sind im Alter zwischen 30 bis 50, sind sesshaft, arbeiten im Einsatzgebiet und haben die Hörner abgestossen. Zusätzlich braucht es «Fanatiker», die nicht auf die Maximaldienstpflichtdauer schauen.»

Der Zeitplan stimmt

Interessante Ergänzungen zum Projektstand und wie er selber sagte, «einen Werkstattbericht», lieferte Karl Widmer, Chef Kernteam Bevölkerungsschutz. Gesetz und Leitbild sind weit gediehen. Widmer: «Wir befinden uns jetzt in der Phase der Bereinigung.» Im Frühjahr geht das Gesetz in die Vernehmlassung bei Kantonen und Partnern. In der Wintersession 2001 wird es im Erstrat behandelt, in der Frühjahrsession 2002 im Zweirat und im Sommer 2002 soll es von den Eidgenössischen Räten verabschiedet werden.

Das Kernteam habe sich drei grosse Zielsetzungen gegeben, sagte Widmer. Das Projekt als Ganzes und mit den Partnern müsse glaubwürdige Lösungen aufzeigen, es müsse machbar und finanzierbar sein und das Kader müsse Perspektiven sehen. Zur Partnerorganisation stellte Widmer klar, dass sich die Reformen auf den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz beziehen, jedoch nicht auf die Reformen bei den Partnern. Widmer: «Bei diesen laufen die Reformen schon allenthalben.» Die Aufwuchsfähigkeit sieht Widmer im Bereich Bevölkerungsschutz bei weitem nicht so problematisch wie bei der Armee. Für die Pionierzüge (neue Bezeichnung für Unterstützungszüge) ist im Ernstfall eine Verdoppelung vorgesehen. Entsprechende Massnahmen gelten für den sanitätsdienstlichen Bereich. Bezüglich der Schutzinfrastruktur soll im technischen Bereich (Alarmierung) der Bund das Sagen haben und auch bezahlen. Die bauliche Schutzinfrastruktur soll auf reduziertem Stand erhalten bleiben. Das Ganze muss jedoch finanziell und politisch machbar sein. «Bei der Ausbildung in Richtung einer differenzierten Polyvalenz sind wir am Konkretisieren», führte Widmer weiter aus. In allen Bereichen seien die Kantone in Zukunft stärker gefordert, betonte Widmer zusammenfassend und forderte die Kantone bei der Umsetzung des Projektes Bevölkerungsschutz zu engerer Zusammenarbeit auf.

Noch ein Jahr – dann ist Schluss

Die IG ZS 200X wurde als «Organisation auf Zeit» gegründet. So war das von Anfang an vorgesehen. Nun wird die Zeit reif zur Auflösung. Die IG hat ihren sich selbst erteilten Auftrag erfüllt. Wie Präsident Peter Gisler an der Generalversammlung in Ostermundigen mitteilte, hat der Vorstand beschlossen, auf die nächste GV, die am 16. März 2002 stattfinden soll, die Auflösung zu beantragen. Der gesamte Vorstand will auf diesen Zeitpunkt zurücktreten.

Während der nächsten zwölf Monate will die IG jedoch nicht in Ruhestellung verharren. Im Gegenteil – es sollen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das neue Leitbild Bevölkerungsschutz richtig aufgegleist wird. Insbesondere sollen weiterhin eidgenössische und kantonale Parlamentarier sowie weitere massgebliche Kreise optimal und professionell über das neue Leitbild Bevölkerungsschutz sowie allfällige «Haken und Ösen» orientiert werden. Für Aktionen in diese Richtung sind im Voranschlag für das laufende Jahr 8000 Franken reserviert. Die IG wird auch zu einer Informationsveranstaltung mit dem Thema «Leitbild» einladen.

«Die IG eckt oft an», stellte Gisler fest. «Aber das soll so sein, denn wir sind eine Diskussionsplattform.» Das zeigte sich laut Gisler vor allem nach der letztjährigen GV, zu der die IG den Armeekritiker Peter Hug eingeladen hatte. «Wir hatten viele und heftige Reaktionen und auch Austritte, aber die Kritik kam immer von Leuten, die nicht an der GV waren.»

«Wir wollen keine Massenorganisation sein», führte Gisler weiter aus, «sondern ein Zusammenschluss interessierter, engagierter und dem Zivilschutz moderner Ausrichtung verbundener Leute.» Zurzeit zählt die IG rund 200 zahlende Mitglieder. Ihre Exponenten vertreten die IG in verschiedenen Gremien. Es werden laufend Stellungnahmen abgegeben, Gespräche mit Politikern geführt und an die vielfache Bewährung des Zivilschutzes erinnert. Auch beim Bundesamt für Zivilschutz wurde interveniert. «Dort sind wir aber nicht gut angekommen», resümierte Gisler.



Einhellige Zustimmung zu allen traktandierten Geschäften.

darum, dass in Zukunft alle Doppelspurigkeiten in der Aufgabenzuweisung, Ausrüstung und Ausbildung beseitigt werden. Es sollten auch gewisse Empfindlichkeiten zwischen den betroffenen Organisationen (Feuerwehr – Zivilschutz) endlich überwunden werden können.

Bezüglich Milizprinzip und Dienstpflichtsystem plädierte Banga für die Beachtung der verfassungsrechtlichen Schranken. Das gelte sowohl für die Armee XXI als auch für den Bevölkerungsschutz 2003. Lösungen, die einer Verfassungsänderung bedürfen, dauern